

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar
PROTOKOLL

Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzungstermin: Montag, 04.06.2018,
Raum, Ort: Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Meinhard Schönbohm (CDU)

Mitglieder

Frau Kerstin Adam (SPD)

Herr Detlef Bojahr (DIE LINKE.)

Frau Irmtraud Rakow (CDU)

Frau Maren Teß (SPD)

Herr Robert Alexander Warna (DIE LINKE.)

Dr.Kai Woellert (FDP)

Vertreter

Herr Michael Hübner (SPD) Vertretung für: Herrn Frieder Bohacek

Dr.Gerd Zielenkiewitz (FÜR-WISMAR-Forum) Vertretung für: Herrn Roland Reppien

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Herr Frieder Bohacek (SPD) fehlte entschuldigt

Herr Roland Reppien (FÜR-WISMAR-Forum) fehlte entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.05.2018
- 5 Kein Datenhandel durch die Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2018/2652
- 6 1. Änderungssatzung der Friedhofssatzung der Hansestadt Wismar vom 11.12.2013
Vorlage: VO/2018/2674
- 7 Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2018/2672
- 8 1. Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar vom 12.12.2016
Vorlage: VO/2018/2683
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Schönbohm, begrüßte die Anwesenden.

2. Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schönbohm eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.05.2018

Wortmeldungen:

- keine -

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 7

Nein Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

5. Kein Datenhandel durch die Hansestadt Wismar

Vorlage: VO/2018/2652

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar spricht sich gegen den Vorstoß des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (kurz DStGB) aus, wonach Kommunen zum Zwecke ihrer Haushaltsfinanzierung angehalten werden, mit den personenbezogenen Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger am Markt zu handeln. Auch bei einer begünstigenden Rechtslage sind Bestrebungen nach kommerziellen Datenhandelsgeschäften mit privaten Dritten zu unterlassen.

Der Bürgermeister wird aufgefordert im Zusammenhang mit den Möglichkeiten des Datenhandels für einen strengen Datenschutz in der Hansestadt Wismar Sorge zu tragen. Einen kommerziellen Handel mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Wismar hat es auch in Zukunft nicht zu geben.

Herr Bojahr nahm von Seiten der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag Stellung.

Im Anschluss wurde der Verwaltung das Wort gegeben. Von Seiten der Verwaltung nahm Herr Weiss zum Antrag Stellung. In seinem Vortrag stellte er sich zunächst den Mitgliedern des Ver-

waltungsausschusses als Datenschutzbeauftragter der Hansestadt Wismar vor und teilte deutlich mit, dass die **Verwaltung nicht mit personenbezogenen Daten handelt und handeln wird.**

Danach folgte die Diskussion:

Wortmeldungen:

Herr Dr. Woellert, Herr Trunk, Herr Bojahr, Herr Weiss, Herr Schönbohm

In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass die Verwaltung nur auf der Grundlage der Gesetze arbeitet. Weiterhin ist der Verwaltung kein Paragraf bekannt, der den Handel mit personenbezogenen Daten erlaubt. Die Verwaltung teilte mit, dass fachspezifische Fragen z.B. der Umgang mit personenbezogenen Daten im Ordnungsamt in dieser Runde nicht beantwortet werden können. Spezifische Fragen muss das Fachamt beantworten.

Im Ergebnis der Diskussion zog Herr Bojahr den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ~~zwecks weiterer Diskussion in der Fraktion~~ *1) zurück.

*1) siehe Antrag zur Protokolländerung vom 06.08.2018

- zurückgezogen

**6. 1. Änderungssatzung der Friedhofssatzung der Hansestadt Wismar vom 11.12.2013
Vorlage: VO/2018/2674**

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung der Friedhofssatzung vom 11.12.2013 der Hansestadt Wismar.

Von Seiten der Verwaltung führte Frau Schaller-Uhl in die Vorlage ein.

Herr Dr. Woellert sprach sich lobend über die vorgelegte Arbeit von Frau Schaller-Uhl aus.

Weitere Wortmeldungen konnten nicht festgestellt werden.

Somit ließ Herr Schönbohm über die Vorlage abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen**

Ja-Stimmen:	9
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**7. Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2018/2672**

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Wismar.

Frau Schaller-Uhl nahm zur Vorlage Stellung.

Nach dem Vortrag von Frau Schaller-Uhl folgte die Diskussion:

Wortmeldungen:

Frau Adam, Frau Rakow, Frau Teß, Herr Bojahr, Herr Dr. Woellert, Herr Dr. Zielenkiewitz, Frau Schaller-Uhl, Herr Schönbohm

Grundsätzlich wurde die Fleißarbeit von Frau Schaller-Uhl durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses gelobt.

In der Diskussion wurde jedoch deutlich, dass 1. noch mehr Zeit für die Verwaltungsausschussmitglieder benötigt wird, um die Gebührensatzung in den Fraktionen zu besprechen, 2. hielt der Ausschuss es für besser, wenn die Beitragssteigerung stufenweise vollzogen würde und 3. sprachen sich die Mitglieder für einen Vor-Ort-Termin aus, um die einzelnen Beerdigungsmodelle vor Ort zu begutachten.

Weiterhin wurde zur Thematik der Kostensteigerung folgende Frage gestellt:

Sind in der Vergangenheit gravierende Fehler gemacht worden, weshalb es jetzt zu einer Steigerung der Kosten gekommen ist?

Die Frage beantwortete Frau Schaller-Uhl und teilte mit, dass in dem Sinne keine gravierenden Fehler gemacht worden sind. Es konnten ganz einfach bestimmte Faktoren nicht vorausgeahnt werden (wie z.B. die Bekämpfung von Schädlingsbefall). Daher reagiert die Verwaltung jetzt zeitnah mit der Anpassung der Gebühren. Sie machte darauf aufmerksam, dass man sich hier im Ausschuss gemeinsam mit der Verwaltung darüber geeinigt hatte, dass alle 3 Jahre die bestehenden Gebühren überprüft werden, um Differenzen rechtzeitig vorzubeugen.

Herr Schönbohm ließ darüber abstimmen, ob dieser Tagesordnungspunkt vertagt werden soll und ob die nächste Sitzung im August auf dem Friedhofsgelände stattfinden soll:

Dafür sprachen sich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses einstimmig aus. (8 Ja Stimmen, 1 Enthaltung)

Somit wurde dieser Tagesordnungspunkt in die Augustsitzung vertagt.

Frau Benter wurde gebeten, die Augustsitzung des Verwaltungsausschusses auf dem Friedhofsgelände zu organisieren.

- vertagt

**8. 1. Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar vom 12.12.2016
Vorlage: VO/2018/2683**

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Hansestadt Wismar vom 12.12.2016.

Von Seiten der Verwaltung führte Frau Bretschneider in die Vorlage ein.

Nach dem Vortrag von Frau Bretschneider folgte die Diskussion:

Wortmeldungen:

Herr Dr. Zielenkiewitz, Frau Adam, Herr Dr. Woellert, Frau Rakow, Herr Bojahr, Frau Bretschneider, Herr Trunk, Herr Warn

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses diskutierten 2 Punkte, die in der Hauptsatzung nach Vorschlag der Verwaltung geändert werden sollten. Zum einen handelte es sich um die Änderung des § 14 Abs. 3 der Hauptsatzung nämlich, dass der Stadtanzeiger künftig an bestimmten Orten ausgelegt werden soll oder auch als Newsletter digital bezogen werden kann (Hier gibt es bereits einen Bürgerschaftsbeschluss, der mit der Änderung der Hauptsatzung umgesetzt wird.). Zum anderen sollte die Änderung des § 8 Abs. 4 der Hauptsatzung diskutiert werden hinsichtlich der Zusammenlegung von 2 Ausschüssen nämlich des Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und kommunale Betriebe zum „Finanz- und Wirtschaftsausschuss“.

Antrag:

Herr Bojahr beantragte, dass auch für alle anderen Ausschüsse Übersichten gefertigt werden mögen, die die Häufigkeit der Sitzungen dokumentieren und die Anzahl der Vorlagen erkennen lassen. Er begründete seinen Antrag damit, dass eventuell weitere Ausschüsse zusammengelegt werden könnten.

Weitere Wortmeldungen:

Herr Dr. Zielenkiewitz, Frau Bretschneider

Dieser Antrag kam nicht zur Abstimmung.

Die nachfolgenden Punkte rief Herr Schönbohm getrennt zur Abstimmung auf:

1. Änderung des § 14 Abs. 3 der Hauptsatzung zur Auslegung des Stadtanzeigers oder des Bezuges des Stadtanzeigers als digitalen Newsletter

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:	6
Nein Stimmen:	3
Enthaltungen:	0

2. Änderung des § 8 Abs. 4 der Hauptsatzung bezüglich der Zusammenlegung von 2 Ausschüssen – Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe zu „Finanz- und Wirtschaftsausschuss“.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Ja-Stimmen:	4
Nein Stimmen:	4
Enthaltungen:	1

9. Sonstiges

Wortmeldungen:

- keine -

Die Sitzung wurde um 18.55 Uhr geschlossen.

Meinhard Schönbohm
Ausschussvorsitzender

Maren Teß
Mitglied

Ute Benter
Protokollführung